

# „Die Bürger müssen gefragt werden“

INTERVIEW: Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser über die Eurokrise

■ Bielefeld. „Ich glaube, wir haben das Schlimmste hinter uns.“ Mit diesen Worten hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende 2012 die Bundesbürger aufgemunert. Der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser ist aber skeptisch. Martin Krause sprach mit Abelshauser.

**Professor Abelshauser, Finanzminister Schäuble hat Entwarnung in der Eurokrise gegeben. Ist die Krise also so gut wie beendet?**

**WERNER ABELSHAUSER:** Natürlich nicht. Die Eurokrise hat sich insofern etwas beruhigt, als die Europäische Zentralbank gezeigt hat, dass sie zu jeder geldpolitischen Schandtat bereit ist, um die Interessen der Anleger an den Kapitalmärkten zu sichern und sie vor Überraschungen zu schützen. Das kann man machen, aber der Preis dafür steigt. Zentralbank und Finanzminister können sich nur Zeit kaufen und die Märkte beruhigen. Es geht aber darum, die Ursachen der Krise abstellen, um die Spannungen im Euroräum zu beenden.

**Wo sehen Sie denn die Hauptursachen dieser Krise?**

**ABELSHAUSER:** Es gibt zwei Ebenen, auf denen die Probleme entstehen. Die erste ist die Ebene der kollektiven Mentalitäten. Da geht es um die Fähigkeit von Ländern, ihre Gesellschaft und ihren Staat so zu ordnen, dass sie Regeln einhalten können. Das ist nicht in allen Euro-Ländern in gleichem Maße gegeben. Auf dieser Ebene bewegt sich praktisch die gesamte Euro-Rettungspolitik. Die zweite Ebene ist die Ebene der Wirtschaftskultur. Wir haben in der Eurozone sehr unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen, es herrschen sehr unterschiedliche Organisationsweisen der Wirtschaft, des Denkens und Handelns. Das beste Beispiel ist Italien: Die italienische Nation hat es in 150 Jahren nicht geschafft, die Spaltung zwischen Nord und Süd zu überwinden.

**Trotzdem ist Italien auf seine Weise erfolgreich. Und die Länder der Eurozone haben trotz aller Unterschieden bewiesen, dass sie fest entschlossen sind, den Euro zu verteidigen. Ist der point of no return überschritten?**

**ABELSHAUSER:** Man hat den Euro verteidigt, indem man fast alle Regeln gebrochen und extrem hohe Risiken auf sich genommen hat. Die Deutschen tragen zum Beispiel Haftungsrisiken von mehr als einer Billion Euro. Europa ist zur Haftungsunion geworden, ohne dass die Bevölkerung als Souverän darüber abstimmen konnte. Wie lange das noch funktioniert, ist aber sehr die Frage.

**Sie haben eine Rückkehr zum europäischen Währungssystem vorgeschlagen – ein System mit festen Wechselkursen, ohne den Euro. Ist diese Option noch realistisch?**

**ABELSHAUSER:** Gewiss. Es gibt in der EU zwei währungspolitische Gräben: Den einen inner-



Seit 21 Jahren an der Uni Bielefeld: Werner Abelshauser ist heute Forschungsprofessor. FOTO: ANDREAS RÜDCHT

## INFO

### Wirtschaftshistoriker

◆ Professor Werner Abelshauser (68) ist promovierter Volkswirt. 1991 bis 2010 leitete er den Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Uni Bielefeld. Seit 2010 ist er Forschungsprofessor. Im Herbst 2012 hatte er eine Gastprofessur in Peking.

◆ 2011 betraf ihn das Bundeswirtschaftsministerium in seiner Geschichte Kommission.

◆ 2012 gab er (mit David A. Gügen und Andreas Leutzsch) das Buch „Kulturen der Weltwirtschaft“ heraus. (mika)

halb der Eurozone, der den Norden vom Süden trennt, und die Kluft zwischen Eurozone und Nicht-Euro-Zone. Diese Gräben ließen sich zuschütten mit einem Währungssystem fester Wechselkursen. Es wäre sehr viel flexibler und gäbe den Unternehmen doch die nötige Flexibilität. Das wäre ein einheitlicher „Währungsraum der

30“, weil dann auch Länder wie die Schweiz und Großbritannien teilnehmen könnten, und alle hätten die Chance, bei Bedarf auszutreten, abzuwerten und wieder einzutreten. Das ist keine Rückkehr zum alten System, sondern die Überwindung der Spaltung, die Europa auseinanderreißt.

**Aber die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Erst nach der Euro-Enfährung ist sie gesunken.**

**ABELSHAUSER:** Das hat andere Gründe. Die Arbeitslosigkeit ist damals gestiegen, weil der Anteil der unqualifizierten Arbeitskräfte in Deutschland seit den 70er Jahren unverhält-

nismäßig hoch war. Als die Massenproduktion am Fließband zusammenbrach, waren viele unqualifizierte Beschäftigte, die wir zum Teil ja ins Land geholt hatten, nun ohne Arbeit. Der Anteil der gering Qualifizierten ist seitdem kontinuierlich gesunken. Die Deutschen sind heute bekannt für maßgeschneiderte Qualitätsprodukte.

**Deutschland hat doch aber von der Euroeinführung profitiert?**

**ABELSHAUSER:** Nein, definitiv nicht. Profitiert haben diejenigen, die seitdem niedrigere Zinsen für ihre Kredite zahlen mussten. Das haben einige Staaten genutzt, aber auch Investitionen, die in Spanien oder Griechenland in Betonburgen investiert haben. Weil die Zinsen plötzlich so niedrig waren, haben sie dabei oft nicht die nötige Sorgfalt walten lassen. Die Deutschen haben nicht davon profitiert – der Erfolg der Exportwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren vor allem außerhalb der Eurozone abgespielt.

### »Vielleicht in 100 Jahren«

**Die Europäer werden sich aneinander anpassen müssen!**

**ABELSHAUSER:** Die historische Erfahrung zeigt, dass dies nicht so einfach ist. Die Organisationsweise der Wirtschaft bestimmt die Wettbewerbsfähigkeit auf den jeweiligen Märkten. Die europäischen Länder haben unterschiedliche Märkte im Blick und brauchen dafür ihre eigenen Wirtschaftskulturen. Das bedeutet aber: Man kann nicht ganz Europa mit derselben Politik bedienen.

**Brauchen wir einen Länderfinanzausgleich auf europäischer Ebene, um wenigstens die Budgetdefizite der Staaten aufzufangen?**

**ABELSHAUSER:** Sie sehen ja, welche Schwierigkeiten das in Deutschland macht. Obwohl es hier den Kitt des Nationalstaats gibt, fällt es den Geberländern schwer, den Nehmerländern die Milliarden zu überweisen. In Europa ist es sehr schwer vorstellbar, dass auf Dauer ein solches Ungleichgewicht, wie es zwischen Nord- und Südeuropa existiert, durch Ausgleichszahlungen eingeebnet wird. Vielleicht gibt es ja eine solche Transferunion in hundert Jahren.

**Angenommen, der politische Wille, eine solche Transferunion aufzubauen, wäre groß genug – jaktisch sind die Rettungsschritte etwas Ähnliches. Droht dann ein Auseinanderbrechen der EU?**

**ABELSHAUSER:** Bisher gibt es noch keine Transferunion, nur eine gemeinsame Krisenbewältigung. Bevor wir aber eine Transferunion in einem europäischen Förderalstaat fest einrichten, muss doch wohl der Souveränität gefragt werden – die Bürger. Ohne demokratische Entscheidung ist ein solcher Bruch in der Entwicklung Europas nicht vorstellbar.